

GEORGE ARMITSTEAD

**Über die bisherigen Arbeiten und
Einrichtungen der Rigaschen
Stadtverwaltung auf sozialpolitischem
Gebiete**

Riga : Häcker
1907

EOD – Millions of books just a mouse click away! In more than 10 European countries!



Thank you for choosing EOD!

European libraries are hosting millions of books from the 15th to the 20th century. All these books have now become available as eBooks – just a mouse click away. Search the online catalogue of a library from the eBooks on Demand (EOD) network and order the book as an eBook from all over the world – 24 hours a day, 7 days a week. The book will be digitised and made accessible to you as an eBook.

Enjoy your EOD eBook!

- Get the look and feel of the original book!
- Use your standard software to read the eBook on-screen, zoom in to the image or just simply navigate through the book
- *Search & Find:* Use the full-text search of individual terms
- *Copy & Paste Text and Images:* Copy images and parts of the text to other applications (e.g. word processor)

Terms and Conditions

With the usage of the EOD service, you accept the Terms and Conditions provided by the library owning the book. EOD provides access to digitized documents strictly for personal, non-commercial purposes. For any other purpose, please contact the library.

- Terms and Conditions in English: <http://books2ebooks.eu/odm/html/utl/en/agb.html>
- Terms and Conditions in Estonian: <http://books2ebooks.eu/odm/html/utl/et/agb.html>

More eBooks

Already a dozen libraries in more than 10 European countries offer this service.

More information is available at <http://books2ebooks.eu>

Seite der Gesellschaft für kommunale Sozialpolitik in Riga.

No. 1.

Als Manuskript gedruckt für die Mitglieder der
Gesellschaft für kommunale Sozialpolitik in Riga

Über die
bisherigen Arbeiten und Einrichtungen
der Rigaschen Stadtverwaltung
auf sozialpolitischem Gebiete.

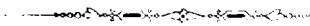


Referat,

erstattet am 19. November 1907 in der Versammlung der Gesellschaft
für kommunale Sozialpolitik in Riga

von

G. Armitstead.



Riga.

Druck von W. F. Häcker.

1907.

Meine Herren!

Ghe unsere Gesellschaft an die Behandlung einzelner Fragen auf dem Gebiete kommunaler Sozialpolitik herantritt, scheint es mir zweckentsprechend zu sein, Ihnen eine kurze Übersicht des Wesentlichsten zu geben, was in dieser Hinsicht von der Stadtverwaltung geleistet und erstrebt worden ist. Keineswegs hat dagegen die folgende Darstellung zum Zweck, unsere bisherige Tätigkeit rühmend herauszustreichen. Es werden sich im Gegenteil hierbei die Lücken feststellen lassen, die in erster Linie zu füllen wären, es wird aufs neue der Nachweis erbracht werden, wie sehr wir, nach westeuropäischem Maßstabe gemessen, noch rückständig geblieben sind.

Auch in diesem Kreise halte ich es jedoch für notwendig, von Hause aus auf die großen Schwierigkeiten hinzuweisen, die wir hier zu überwinden haben. Die gesetzlichen Einschränkungen, denen unsere Kommunalverwaltungen unterworfen sind, unsere geringe Steuerkraft und die nationale Zusammensetzung unserer Einwohnerschaft erschweren, abgesehen von Krieg und Revolution, die seit 4 Jahren das Reich erschüttern, jede Arbeit auf diesem Gebiete und lassen einen Vergleich mit dem Auslande fast unzulässig erscheinen.

I. Bildungswesen.

Ich beginne mit der Schule und will hier den eigentlich pädagogischen Teil ganz ausschalten, einmal weil derselbe zur Zeit durch das Gesetz unserem direkten Einflusse entrückt ist, zum andern weil ich hier national-politischen Erörterungen, die doch jetzt zu keinem praktischen Resultate führen würden, aus dem Wege gehen möchte.

Auf dem Gebiete der Mittelschulen leistet Riga verhältnismäßig viel, doch kommen sie für uns weniger in Frage, als die der Volksbildung im engeren Sinne dienenden Elementarschulen. Meiner Ansicht nach müssen wir für Riga etwa 10,000 elementarschulbedürftige Kinder annehmen, während unsere städtischen Elementarschulen von rund 3900 Schülern beiderlei Geschlechts besucht werden. Ich habe daher auch immer wieder betont, daß die Zahl solcher Schulen eine viel zu geringe ist. Hier steht der Stadtverwaltung noch ein großes

Wirkungsfeld offen, zumal das, was auf diesem Gebiete von den Vereinen, Kirchen und Privaten, sowie auch vom Staate geleistet wird, gewiß als z. B. in hohem Grade nutzbringend anerkannt werden muß, vielfach aber berechtigten Ansprüchen nicht genügt. Es ist fraglos, daß die Privatschulen zum Teil billiger als die Stadtschulen, oft ganz erstaunlich billig arbeiten; sehen Sie sich aber die Schullokale und die Lehrexgagen an, so finden Sie leicht eine Erklärung hierfür, werden aber auch die Folgen für Lernende und Lehrende ermessen können. Die Kosten für einen Schüler der städtischen Elementarschulen betragen im Minimum 21 Rbl. — in der zweiklassigen Armeischule in der Charlottenstraße, Nachmittagskursus —, im Maximum 50 Rbl. 73 Kop. — in den 3 großen Schulen mit vierklassiger Einteilung —, doch müssen das Schullokal in der Charlottenstraße, wie auch mehrere unserer gemieteten Schulräume als ungenügend bezeichnet werden. Über die Betriebskosten der in diesem Semester im eigenen neuen Schulhause eröffneten vierklassigen Armeischule liegen noch keine Daten vor, doch werden diese Kosten bei zweimaliger Benutzung des Schullokals, was indeß immer als ein Notbehelf betrachtet werden muß, ca. 22 Rbl. pro Schüler betragen. Nach mir von Herrn Potekhin gemachter Mitteilung betragen die Kosten in Petersburg 45—55 Rbl. pro Kopf exkl. ärztliche Behandlung.

Was nun den obligatorischen, kostenlosen Elementarunterricht betrifft, von dem so viel jetzt gesprochen wird, so halte auch ich ihn für das zu Erstrebende, glaube aber nicht, daß er von heute auf morgen dekretiert werden kann. Es wäre zu diesem Behufe die Zahl der Klassen mindestens zu verdoppeln und wären mehr als 100 neue Lehrer oder Lehrerinnen anzustellen. Weder wird es nun möglich sein, tüchtige Lehrkräfte, noch auch die Lehrräume in brauchbarer Qualität selbst im Laufe von etwa 2—3 Jahren zu beschaffen. Besonders würde auch die durchgängige Unentgeltlichkeit heute noch zu großen Mißständen führen. Ganz abgesehen von der Geldfrage, die für Riga schließlich nicht unlöslich ist, wäre eine völlige Gleichstellung aller Elementarschulen unserem kleinen Mittelstande sehr wenig erwünscht. Ist ein Durcheinandermischen verschieden situierter Bevölkerungsschichten in der Schule im allgemeinen durchaus wünschenswert, so ist doch der Abstand in der Lebenshaltung auch innerhalb der wenig bemittelten Gruppen hier noch ein sehr großer. So könnten wir hier auch nicht mit einer Tramwayklasse auskommen, während doch in Deutschland nirgends das Bedürfnis nach einer Teilung zutage getreten ist. Aus demselben Grunde bleibt eine Differenzierung unserer Elementarschulen noch für Jahrzehnte hinaus

eine Notwendigkeit, wenn nicht die Kinder einer breiten Bevölkerungsschicht in Privatschulen gedrängt werden sollen, die, wenn sie gut sind, jedenfalls ein bedeutend höheres Schulgeld erheben müssen, als die Stadt es tut. Meiner Ansicht nach wären daher unsere bisherigen großen Elementarschulen bei ihren jetzigen Schulgelddätzen zu belassen, dagegen neue Schulen mit sehr geringem Schulgelde bei einem großen Prozentsatze von Freiplätzen zu begründen und so der Weg zum obligatorischen unentgeltlichen Unterricht anzubahnen. Dabei wäre der Vierklassen-Typus überall einzuführen, bei allen Neubauten eine Erweiterungsmöglichkeit auf 6 Klassen im Auge zu behalten.

Auf die Schulhygiene wird in Zukunft mehr Gewicht zu legen sein. Es genügt nicht mehr, gut belichtete und ventilirte Schulhäuser zu erbauen und sie mit zweckentsprechenden Schulmöbeln zu versehen. Eine fortlaufende ärztliche Kontrolle, die nicht nur wie bisher meist auf dem Papier steht und hauptsächlich dazu dient, tschulnlüsterne Ärzten, die hierfür ohne Gage dienen, den ersehnten Rang zu bringen, ist durchaus erforderlich. Besonders ist auch der Zahnpflege der Schulkinder eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. In dieser Beziehung kann uns Petersburg zum Vorbild dienen, das 40 Ärzte und 30 Zahnärzte für seine Elementarschulen gagiert. Es müßte ferner auch in den kleineren Elementarschulen der Turnunterricht für beide Geschlechter obligatorisch durchgeführt werden. Die neue Schule auf Alexandershöhe hat bereits einen Turnsaal erhalten, doch fehlt meist der nötige Raum und herrscht Mangel an Turnlehrern. Elementarlehrer werden für dieses Fach ausgebildet werden müssen.

Da ein allgemeiner Schulzwang nicht existiert, hat sich die Einrichtung von Abendkursen für Personen, die aus irgend welchem Grunde keinen oder ungenügenden Elementarunterricht genossen haben, besonders für den Zuzug von auswärts, als notwendig erwiesen. Leider aber haben sich diese Kurse, die in einigen unserer, in den entfernteren Stadtteilen belegenen Elementarschulen eingerichtet worden sind, keines Erfolges zu erfreuen. Die Schülerzahl ist gering, eine steigende Tendenz fehlt. Es ist möglich, daß die unruhigen Zeiten einen ungünstigen Einfluß ausüben, möglich, daß die örtlichen Elementarschullehrer nicht den Anforderungen, die der Unterricht rückständiger fast Erwachsener stellt, genügen. Auch hier müßte Abhilfe geschaffen werden.

Auf dem Gebiete des gewerblichen Fortbildungsschulwesens hat sich die Stadt hauptsächlich durch recht namhafte Subventionierung der Gewerbeschulen des Gewerbevereins und russischen Gewerbeartells, sowie auch des Jungfrauenvereins betätigt. Das

Projekt einer städtischen niederen Gewerbeschule ruht jedoch noch in den Windeln einer Kommission. Die alte Stadtverwaltung hatte schon im Jahre 1875 die Bildung eines Kapitals auf den Namen des Fürsten Suworow beschlossen, das diesem Zwecke dienen sollte. Dasselbe ist aber erst auf ca. 33,000 Rbl. angewachsen. Gelegentlich des 100jährigen Geburtstages des Fürsten hatte der Altermann Brunstermann am 13. Dezember 1904 die Gründung dieser Schule wieder angeregt. Die Stadtverordnetenversammlung wählte eine Kommission, die sich zur Beschaffung eines Programms und Budgets mit dem Technischen Verein in Verbindung setzte. Letzterer kam unseren Wünschen gern entgegen. Auf gemeinsamen Sitzungen wurde die Frage begrenzt und geklärt, doch stellte sich dabei heraus, daß auch bei einseitiger Einschränkung auf die sogenannten Baugewerbe der städtische Zuschuß zum Unterhalte einer solchen Schule ca. 16,000 Rbl. betragen müßte. Die beginnenden Unruhen und die ungünstigere finanzielle Lage der Stadt waren der Grund, daß die ganze Angelegenheit ruhen blieb, doch wird sie zweifelsohne trotz der beträchtlichen Kosten, im Hinblick auf die Förderung unseres Gewerkerstandes, wieder aufgenommen werden. Inzwischen haben unsere ebrätschen Mitbürger eine Handwerkererschule mit recht luxuriös eingerichteten Werkstätten eröffnet. Es wird von großem Interesse sein, demnächst Näheres über die ersten Resultate dieser Schule zu erfahren.

Eine Schülerwerkstätte, in der Knaben im Tischler-, Schlosser-, Schneider- und Schumachergewerbe ausschließlich praktisch unterrichtet werden, ist von der Stadtverwaltung im Jahre 1902 eröffnet worden. Sie bietet Raum für 10 Interne sowie 50 Externe und erfreut sich regen Besuches. Desgleichen scheint sich die von der Stadt subventionierte Handarbeitschule für Mädchen in der Moskauer Straße sehr günstig zu entwickeln.

Am 10. Oktober 1906 ist von der Stadtverwaltung, zunächst in gemieteten Räumen, eine Volksbibliothek und Lesehalle eröffnet worden. Der Besuch hat vom 1. Januar bis zum 1. Juli 1907 durchschnittlich 143 Personen täglich betragen, während täglich 140 Bücher entliehen worden sind. Im Oktober war der Tagesdurchschnitt entliehener Bücher schon auf 230 gewachsen. Die intensive Benutzung dieses Institutes, das räumlich gar nicht imstande ist, den Ansprüchen zu genügen, hat das Stadtamt veranlaßt, die tägliche Besuchszeit zu erweitern und in das nächstjährige Budget einen höheren Betrag für die Miete einzustellen. Die Eröffnung weiterer Lesehallen und Volksbibliotheken in den anderen Stadtteilen und womöglich in geeigneteren Lokalen wird zweifelsohne folgen.

Auch die für den Unterhalt der 3 hiesigen Theater bewilligten Subventionen, die teils durch mietfreie Überlassung der Gebäude, teils durch Naturalleistungen, teils durch Barzahlungen erfolgen, gehören zu den Leistungen für Bildungszwecke. Die Vielsprachigkeit der Bevölkerung und die dadurch gegebene Zersplitterung des Theaterspublikums beeinträchtigt besonders auf diesem Gebiete den Erfolg.

II. Hygiene.

Auf dem Gebiete der Hygiene wäre als eine unserer wichtigsten Leistungen in den letzten Jahren die neue Bauordnung zu nennen, durch die in erster Linie eine Besserung unserer Wohnverhältnisse in sanitärer Beziehung angestrebt worden ist. In dieser Richtung bleibt noch viel zu tun übrig, denn nicht nur werden die Ansprüche in baulicher Beziehung noch gesteigert werden, es wird auch die zweckentsprechende Nutzung der Wohn- und Arbeitsräume durch eine Wohnungsinspektion dauernd überwacht werden müssen. Wenn schon die Durchführung der gewiß noch verbesserungsbedürftigen neuen Bauordnung Schwierigkeiten macht und von dem bauenden Publikum, das bei uns für sanitäre Forderungen meist wenig Verständnis zeigt, als überflüssiger Druck empfunden wird, so dürfte eine Wohnungsinspektion in der ersten Zeit sicher als unstatthafter Eingriff in private Verhältnisse aufgefaßt werden und wenig populär sein, zumal einzelne Mißgriffe seitens der Kontrollorgane anfangs nicht zu vermeiden sind. Wir haben daher in Anbetracht der politisch erregten Stimmung und der vielfach unkonsolidierten wirtschaftlichen Verhältnisse bis dato davon Abstand genommen, der Stadtverordnetenversammlung diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten. Sobald die Bauordnung auf Grund der bisherigen Erfahrungen einer Revision unterzogen worden ist, wird die Stadtverwaltung unbedingt der Einführung einer Wohnungsinspektion näher treten müssen.

Gelegentlich der Diskussion unseres Einkommensteuerprojektes ist schon nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß durch die unentgeltliche Krankenhausbehandlung eines großen Teiles auch der nicht zu Riga angeschriebenen, unbemittelten Einwohner eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen sanitären Verhältnisse erzielt werden würde. Es würde eben dadurch für die auswärts Angeschriebenen, d. h. für ca. $\frac{2}{3}$ der Gesamtbevölkerung Rigas ein schwerwiegender Grund zur Verheimlichung ansteckender Krankheiten wegfallen. Obgleich nun eine dahin zielende Reform — ob mit oder ohne Einkommensteuer — nicht ausbleiben kann, ist der Zeitpunkt derselben

bei unseren verworrenen politischen Verhältnissen gar nicht vorauszusagen. Jedenfalls aber würden hierdurch große Ansprüche hinsichtlich unseres Krankenhausbettenbestandes, der jetzt keineswegs der üblichen Norm im Verhältnis zur Einwohnerzahl entspricht, zu Tage treten, auf die sich die Stadtverwaltung rechtzeitig vorbereiten muß. Es wird daher demnächst bei der Stadtverordnetenversammlung der Bau des überdünischen Krankenhauses für anfänglich 100—120 Betten beantragt werden, doch wird die Anlage derart projektiert, daß eine allmähliche Erweiterung, den Bedürfnissen und Mitteln entsprechend, bis zu 700 Betten erfolgen kann.

Wenn auch in bescheidenem Maße, wird doch schon z. B. für die nicht zur Steuergemeinde Angehörigen gesorgt. Es stehen ihnen die Armenärzte zur Verfügung, die 1906 35,395 ambulatorische Konsultationen erteilt und 4693 häusliche Besuche gemacht haben, während 12,300 Rbl. seitens der Stadtverwaltung für die von ihnen verschriebenen Medikamente bezahlt wurden. Es sind ferner 5990 Konsultationen im Krankenhause gratis verabsolgt, 9378 Impfungen und 149 Desinfektionen kostenlos ausgeführt und durch unsere Rettungsanstalten in 4836 Fällen Hilfe erwiesen worden.

Zu den wesentlichen Vorbedingungen befriedigender gesundheitlicher Verhältnisse gehören einwandfreies Wasser und sauerstoffreiche, reine Luft. Ersteres besitzt die Stadt seit 3 Jahren; es ist nunmehr Aufgabe der Stadtverwaltung, dasselbe immer weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die Leitung ist denn auch vor Jahresfrist über die Düna geführt worden, und in 2—3 Jahren werden die stärker bestedelten Teile der Mitauer Vorstadt mit Wellenhoff'schem Grundwasser versehen sein. Bei der Ausdehnung unserer Stadt darf allerdings eine Versorgung aller Immobilien in absehbarer Zeit kaum erwartet werden, doch ist eine Verseuchung der örtlichen Brunnen in den ländlich besiedelten Teilen leicht zu vermeiden, und dort kann eine Zuleitung aus dem städtischen Wasserwerke füglich nicht gefordert werden.

Das Wasser dient bekanntlich manchem nur zum äußerlichen Gebrauch und zwar in größerem Maßstabe zum Baden. Als ein Mittel zur Förderung der Volksgesundheit sind schon im Altertum öffentliche Bäder angesehen worden, und wenn auch das Baden in geschlossenen Räumen in Nord- und Mitteleuropa bis zum vorigen Jahrhundert relativ wenig geübt worden ist, fordert doch die moderne Hygiene kategorisch billige Bäder für die wenig bemittelten Bevölkerungsklassen. Die Verhältnisse liegen auch auf diesem Gebiete hier wesentlich anders, als bei unseren westlichen Nachbarn,

wo man genanntem Bedürfnisse durch Volks-Schwimm- und Wannebäder Rechnung trägt. Bei uns dominiert das russische Dampfbad und hat gewiß auch bei unserem Klima seine Berechtigung. Die Anlage großer Schwimm- und Wannebäder für die unteren Klassen ist sehr kostspielig und erscheint z. B. noch verfrüht, da dieselben auch bei bedeutenden Zuschüssen aus der Stadtkasse kaum billig genug geliefert werden könnten, wenn sie gleichzeitig allen sanitären Ansprüchen genügen und mit dem beliebten, fest eingebürgerten Dampfbade konkurrieren sollen. Dagegen wird der Stadtverordnetenversammlung demnächst der Vorschlag gemacht werden, ein Volks-Brausebad, wie solche vielfach in Deutschland bestehen, in erster Linie für die Hafenarbeiter und Marktleute, in der Nähe der Düna anzulegen.

Hinsichtlich der Lungen einer Stadt — der öffentlichen Anlagen und Gärten — braucht Riga Vergleiche nicht zu scheuen, denn die schönen Anpflanzungen, die an Stelle der alten Festungswerke die Stadt umgeben, sowie die zahlreichen öffentlichen Gärten, auch in den entlegenen Stadtteilen, werden musterhaft unterhalten. Das Bedürfnis nach einem Park, der großen Volksmengen ein Stück Landaufenthalt und gleichzeitig den Wohlhabenderen Fahr- und Reitwege bieten könnte, ist allerdings noch nicht befriedigt. Bekanntlich ist der Kaiserwald hierfür in Aussicht genommen worden und hat viele Verehrer gefunden, zu denen ich allerdings nicht gehöre. Ich bin der Ansicht, daß das, was der Tiergarten dem Berliner, der Große Garten dem Dresdner, der Englische Garten in München, Hyde Park in London bieten, für den Rigenjer leichter, als in den Sandhügeln des Kaiserwaldes, auf den Wiesen, die heute die Esplanade der sogenannten Kobornschanze bilden, geschaffen werden kann. Diese Heuschläge bieten ein Terrain für große Parkanlagen, wie es in bezug auf Lage, Grundwasserhältnisse und Bodenbeschaffenheit in oder bei Riga sonst nicht zu finden ist. Eingeprengte Villenkolonien würden die Anlagelkosten zum großen Teil decken. Während der Kaiserwald noch erst durch eine vorherrschend auf Feiertagsbetrieb angewiesene und daher wahrscheinlich unrentable Trambahn mit der Stadt verbunden werden muß, durchschneiden schon heute 2 Bahnen die Kobornschanzens-Esplanade und führen 3 weitere Linien bis an die nahe Pontonbrücke. Es wird gewiß die Zeit kommen, in der auch der Kaiserwald, der jetzt nur einseitig an einen dünn bevölkerten Stadtteil grenzt, lohnende Verwendung als Park finden wird; die Vorhand aber gebührt dem Terrain jenseits der Düna, über welches wir hoffentlich bald werden frei verfügen können.

Die Güte der Luft wird jedoch nicht nur durch Pflanzenatmung gewährleistet, sie hängt in noch höherem Maße von der Fernhaltung

aller Verunreinigungen ab, die eine Folge dichten Nebeneinanderwohnens großer Menschenmengen sind. Hier vereinigen sich nun eine Anzahl Quellen zu einem gemeinsamen Giftstrom, der durch üblen Geruch am deutlichsten in die Erscheinung tritt, dessen gefährlichste Eigenschaften aber keineswegs durch die Nase ergründet werden können. Unter diesen Quellen stehen die menschlichen Exkremente in erster Reihe, und ihre gefahrlose Beseitigung gehört zu den schwierigsten und kostspieligsten Aufgaben der Verwaltung jeder größeren Stadt. Die systematische Kanalisation ist wohl das einzige sichere Mittel zur Lösung dieser Aufgabe, der mächtige Dünastrom erleichtert sie uns wesentlich. Die wohlbekannten Heidelberger Tonnen oder die neueren sogenannten biologischen Methoden mögen ja in einzelnen Fällen bei gehöriger Aufsicht recht gut funktionieren und als Aushülfsmittel auch in Städten schätzbare Dienste leisten; für die Bereinigung einer großen Stadt bieten sie doch nicht die gehörige Sicherheit.

Über die Kanalisationsarbeiten Rigas finden Sie im „Краткій обзоръ дѣятельности Гижскои Городскои Управы“ fortlaufend das Nähere, auch ist von mir in der Einleitung pro 1906 schon darauf hingewiesen worden, daß diese Arbeiten noch längere Jahre in Anspruch nehmen und das Budget der Stadt schwer belasten werden. Die Arbeit war seinerzeit für den gerechtfertigten Teil der Stadt auf 3 Millionen Rubel veranschlagt worden; die inzwischen allmählich erfolgte Erweiterung Rigas und die eingetretene Teuerung berechtigten mich jedoch zu der Annahme, daß die diesjährige Kanalisation gegen 4 Millionen Rubel kosten wird, von denen kaum eine Million bisher verbaut worden ist. Da die mit 2% der Immobilienrevenue erhobenen Kanalisationsgebühren höchstens die Betriebskosten plus der Hälfte der Bauzinsen und Amortisation decken dürften, erschien es wünschenswert, einen Teil der Anlagekosten aus dem Ordinarium zu bestreiten. Die bis zum Jahre 1905 inkl. in Summa verbauten rund 830,000 Rbl. sind denn auch ausschließlich den ordentlichen Einnahmen entnommen worden. Der durch die Revolution verursachte Rückgang unserer Finanzlage veranlaßte uns jedoch, in diesem Jahre 500,000 Rbl. aus Anleihenmitteln für die Kanalisationszwecke einzustellen. Die Richtigkeit meiner auf Schätzungen basierten Annahme hinsichtlich des Ertrages der Kanalisation scheint mir durch eine Mitteilung des Moskauer Stadthauptes bestätigt zu werden, der zufolge Moskau durch eine Gebühr von 5% volle Deckung der Kosten zu finden hofft. 2% entsprechen übrigens bei uns annähernd den Abfuhrkosten, außerdem hat dann noch der Hausbesitzer den Mehrverbrauch an Wasser zu bezahlen.

Eine fernere Quelle der Luftverunreinigung sind die Zerküßungs-

produkte unserer Müllgruben. Wenn auch die neue Bauordnung bestrebt ist, in dieser Beziehung die schlimmsten Übelstände zu mildern, so ist eine radikale Hilfe doch nur von einer völligen Beseitigung dieser Infektionsherde und von der Einführung der kleinen, eisernen, dicht schließenden Müllgefäße, wie solche im Auslande vielfach im Gebrauch sind, zu erwarten. Die Müllabfuhr würde dann wohl von der Stadtverwaltung zu organisieren sein. Wenn wir in dieser Richtung noch nicht energisch vorgegangen sind, so ist der Grund hierfür lediglich in der Erkenntnis zu suchen, daß durch derartige Vorschriften bei hiesigen Gewohnheiten die Müllbeseitigung wesentlich verteuert werden würde und auch die Anwendung ausländischer Apparate und Manipulationen wegen abweichender klimatischer und wirtschaftlicher Verhältnisse nicht ohne weiteres opportun erscheint. Die Zusammensetzung des Mülls verschiedener Städte weist ja wesentliche Unterschiede auf, das ist z. B. hinsichtlich Berlins und Hamburgs konstatiert worden. Wir haben seit mehr denn Jahresfrist einen städtischen Müllwagen im Betriebe, der städtische und auf Wunsch auch Privathäuser bedient und uns zu den nötigen Erfahrungen verhelfen soll. Bei einer ortstatutarischen Beseitigung der Müllgruben und -kästen wäre natürlich sukzessive vorzugehen und etwa bei der inneren Stadt, wo infolge der kleinen Höfe der Mißstand besonders zu Tage tritt, der Anfang zu machen.

Von Wasser und Luft kann jedoch, selbst wenn beide tadellos, niemand leben, und damit sind wir zu dem wichtigen Kapitel der Volksernährung gelangt, die man bei uns unmittelbar durch Volksküchen und Teehäuser zu fördern bestrebt ist. Auf diesem Gebiete sind in Riga vornehmlich die Lit.-Prakt. Bürgerverbindung mit ihrer sich sehr gut entwickelnden Volksküche und die Gesellschaft für Volks-Speise- und Teehäuser tätig. Besonders die Volksküche der Bürgerverbindung hat, dank der umsichtigen Leitung ihres Damenkomitees, nicht nur ihren Umsatz fortlaufend vergrößert, sondern auch finanziell sehr gute Resultate erzielt, so daß sämtliche Selbstkosten einschließlich einer recht hohen Miete gedeckt werden und sich noch ein Überschuß ergibt, während die Gesellschaft für Speise- und Teehäuser immerhin noch Unterstützungen erfordert. Beide Unternehmungen haben überaus segensreich gewirkt. Die große Bedeutung, welche die Verabfolgung einer gesunden und billigen Kost nicht nur für die Arbeiter im engeren Sinne des Wortes, sondern auch für alle kleinen Angestellten hat, die aus irgend welchem Grunde nicht in der Lage sind, sich zu Hause zu beköstigen, liegt auf der Hand. Dazu kommt noch, daß auf diesem Wege hier zu Lande das Volk den Verlockungen des

Alkohols am ehesten entzogen wird, sicherer jedenfalls, als durch Traktätchen oder Nebelbilder.

Während der Zeit teilweiser Arbeitslosigkeit 1906 hatte das Stadttamt an der Alexanderstraße Nr. 149 in gemieteten Räumen temporär eine Volksküche eröffnet, die noch heute besteht. Am 9. Januar 1907 wurde im eigens dazu erbauten Gebäude eine zweite ständige Küche in Betrieb gesetzt. Letztere fand von Anfang an einen so regen Zuspruch, daß wir wenige Monate nach ihrer Eröffnung einen Ausbau ausführen lassen mußten, durch den der Speiseraum fast verdoppelt wurde. Es liegt in der Absicht des Stadttamts, nachdem es in dieser Küche die nötigen Erfahrungen gesammelt haben wird, weitere in verschiedenen Stadtteilen zu eröffnen. Einstweilen fehlen noch sichere Daten. Einer Steigerung des Konsums bis zum Mai folgte ein Rückgang bis zum August, worauf im September eine leichte, im Oktober eine stärkere Zunahme eintrat. Durch längeren Betrieb wird erst festgestellt werden können, ob es sich hier um reguläre Saisonschwankungen handelt oder ob der zeitweilige Rückgang auf irgend welche Mängel zurückzuführen ist. Während der 8 ersten Betriebsmonate balancierten Einnahmen und Ausgaben in Summa mit rund 7000 Abl., so daß von der Stadt das Lokal, das Inventar und die Feuerung gratis geliefert werden mußten. Die Selbstkosten werden also auch hier noch nicht gedeckt, was doch, wenn wir auch natürlich auf Überschüsse gerne verzichten, durchaus erstrebt werden muß. Die Volksküche soll keine Almosen bieten, ihre Besucher sollen nie das Gefühl haben, solche zu empfangen.

Nicht unmittelbar, wie die Volksküchen, dafür aber der Gesamtbevölkerung dienen Märkte und Lebensmittelkontrolle: durch Förderung, Regulierung und Sicherung der Ernährung. Auf beiden Gebieten sind wir noch recht rückständig, wengleich auch hier einzelne Leistungen aufzuweisen sind.

Der Alexandermarkt entspricht der Hauptsache nach allen Anforderungen, die heute gestellt werden dürften, dabei muß allerdings gewissen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Es sind das üble Geruchheiten, die unseren unteren Bevölkerungsklassen schwer abzu-erziehen sind. Das gilt besonders in bezug auf Ordnung und Keilichkeit, die beim Fuhrhandel schwer aufrechtzuerhalten sind. Wir glauben aber trotzdem, im Hinblick auf die hiesigen Verkehrsverhältnisse, einstweilen einen Platz für den Fuhrhandel nicht entbehren zu können. So lange noch der Bauer, dank der Schwerfälligkeit und dem Bureaukratismus unserer Gütere Expeditionen, es vorteilhafter findet, seine Produkte 80 Werst längs der Bahn zur Stadt zu führen,

werden wir Fuhrstandplätze auf unseren Märkten brauchen und sie nur allmählich einschränken können. Aber neben der echten landschen Fuhr gibt es auch eine imitierte. Der Verkauf von der Fuhr, die direkte Anfuhr dokumentieren und dadurch Vertrauen erwecken soll, ist eben häufig der reine Aufkäufergeschwindel. Sie können auf dem Dünamarkte täglich Wagen antreffen, die nie mit einem landschen Wege in Berührung gekommen sind, ich habe sogar den ganzen August hindurch einen Schlitten dort bemerkt. Unser Markthandel beschäftigt außerdem viel mehr Menschen, als es erforderlich und bei gleichem Gesamtumsatz im Auslande der Fall ist; es werden dadurch die Produkte in ganz unwirtschaftlicher Weise verteuert. Durch die Fuhren und die übermäßige Händlerzahl beansprucht der Markthandel aber bei uns auch noch eine verhältnismäßig große Fläche, und deshalb macht sich der Raummangel, besonders auf dem Dünamarkt, von Jahr zu Jahr mehr geltend. Eine Verlegung bei gleichzeitiger Reorganisation dieses Marktes, der heute weder in bezug auf Hygiene noch auf Übersichtlichkeit berechtigten Ansprüchen genügt, ist daher bereits seit Jahren in Aussicht genommen worden, doch steht die Durchführung dieses Projektes mit dem Umbau des Passagierbahnhofes, von dem ein Zufuhrstrang für Lebensmittel vorgesehen ist, im Zusammenhang und muß daher noch hinausgeschoben werden.

Die Lebensmittelkontrolle wird bei uns nur für Fleisch vollständig durchgeführt, doch sind pekuniär Interessierte eifrig bemüht, für die Zukunft auch diese Kontrolle dadurch illusorisch zu machen, daß sie für außerhalb Rigas gestempeltes Fleisch den Fortfall der obligatorischen Kontrolle bei der Einfuhr verlangen. Es liegt auf der Hand, daß, sobald Fleisch mit dem Stempel eines beliebigen litauischen Fleckens ohne Nachkontrolle auf unsere Märkte gelangen kann, jeglicher Schutz in sanitärer Beziehung schwindet.

Die Kontrolle der übrigen Lebensmittel ist noch nicht systematisch durchgeführt worden, was besonders hinsichtlich der Milch sehr bedauerlich ist, da die Bedeutung der Milch als Nahrungsmittel der städtischen Bevölkerung steigt und bei Verwendung als Kinderernährungsmittel, namentlich für Säuglinge, ihre Qualität von besonderer Bedeutung ist.

III. Arbeiterfürsorge.

Auf dem Gebiete direkter Arbeiterfürsorge hat die Stadtverwaltung sich erst in den letzten Jahren zu betätigen begonnen. 1904 wurde das Arbeitsnachweisbureau eröffnet, über dessen Tätigkeit die Presse fortlaufend Nachrichten bringt. Der bisherige Er-

folg entspricht jedoch nicht den Erwartungen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit unseres Bureaus liegt bisher leider in der Dienstbotenvermittlung. Den eigentlichen Arbeitern, speziell den Industriearbeitern, ist bisher noch wenig gebient worden.

Die veröffentlichten Zahlen, sowie auch die mir zur Verfügung stehenden Zusammenstellungen beweisen, daß nicht sowohl das Fernbleiben der Arbeiter, als vielmehr die Zurückhaltung der Arbeitgeber die Schuld am bisherigen Mißerfolge trägt. Es sollen in der Zukunft eingehendere Erhebungen über die Qualität der Stellensucher angestellt werden, um dadurch den Industriellen möglichst große Sicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit des zugesandten Personals zu bieten und dem Bureau allmählich das Vertrauen weiterer Kreise zu erwerben. Es liegt jedenfalls auch im Interesse der hiesigen Industrie, das Engagement der Arbeiter nicht, wie bisher vielfach üblich, ziemlich kontrolllos den Meistern zu überlassen. Die bei diesem Verfahren eingerissenen Mißbräuche haben während der letzten Unruhen häufig dazu beigetragen, die Gegensätze in bedauerlicher Weise zu verschärfen.

Durch Schaffung einer allgemeinen Arbeitsordnung für die Arbeiterschaft der städtischen Werke und Anstalten, besonders aber durch Begründung einer Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge für diese Arbeiter hat Riga einen wichtigen Schritt auf dem Gebiete kommunaler Sozialpolitik vorwärts getan, auch dieses Mal die erste Stadt im Reiche. Hinsichtlich der finanziellen Beanspruchung unserer Stadtkasse sind wir allerdings noch nicht in der Lage, völlige Klarheit zu schaffen, da ja auch in Deutschland, das hier vorangegangen, langjährige Erfahrungen fehlen. Doch dürfte uns das kein Grund sein, auf solche erst zu warten, zumal da aller Wahrscheinlichkeit nach die Opfer relativ nicht groß sein werden. Es scheint, daß die Regierung nach dieser Richtung hin gleichfalls vorgehen will, doch ist bei dem kolossalen Stoff, den die Duma zu bewältigen haben wird, kaum zu erwarten, daß diese Frage für das Gesamtreich so bald eine befriedigende Lösung finden wird.

Überaus dürftig sind die Vorbeeren, die sich die Stadtverwaltung durch Erlaß des ihr gleichsam abgezwungenen Ortsstatuts über die Normierung der Arbeitszeit für Handel und Handwerk errungen hat. Die Regierung hatte den Städten die Fertigstellung derartiger Ortsstatuten innerhalb sechswöchentlicher Frist vorgeschrieben, sie gleichzeitig durch das Gesetz allseitig einengend. Die Tendenz war hierbei recht durchsichtig, es sollte vor den Wahlen zur II. Duma zahlreichen Wählern ein Beweis der gütigen Fürsorge geboten werden.

Sechs Monate hat nahezu die Edition dieses Ortsstatuts bei uns beansprucht, das schließlich keinen Teil befriedigt hat, und in das neuerdings die Regierung selbst durch ihre nachträgliche Bestimmung über den Feiertagshandel ein großes Loch gerissen hat. So wichtig und notwendig auch die Regelung dieser Frage ist, nimmer durfte sie aus Rücksicht auf eine Wahlstimmungsmache über das Knie gebrochen werden. Die Festlegung resp. Begrenzung der Arbeitszeit zum Schutze der Gefellen, Lehrlinge und Kommis hat ja auch auswärts allenthalben Schwierigkeiten gemacht, die auch dort noch keineswegs überwunden sind, und läßt sich ohne Opfer seitens der Brotherrn überhaupt nicht durchführen. Eine weise Gesetzgebung muß aber bemüht sein, diese Einbuße auf das zulässige Mindestmaß zu reduzieren. Die einheitliche Lösung dieser Frage ist in einem so großen Reiche besonders schwierig, wenn nicht unmöglich, und wird bei uns in Riga durch die Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse noch komplizierter.

Eine Erscheinung, die in den beiden letzten Jahren die Gemüter in Rußland vielfach erregt und mehrere Kommunen, in erster Linie Petersburg und auch Moskau, zu ganz unsinnigen Ausgaben veranlaßt hat, ist die sogenannte Arbeitslosigkeit. Auch bei uns spukte dieses Gespenst in manchen mehr oder weniger sozialdemokratischen Blättern herum, aber wie ein Gespenst verschwand es bei heller Beleuchtung. Daß zu gewissen Zeiten an bestimmten Orten in diesem oder jenem Erwerbszweige ein Arbeitsmangel eintreten kann, daß besondere Umstände, wie z. B. eine Entlassung von Kriegszerservisten im Spätherbste, unverschuldete Arbeitslosigkeit erzeugen können, soll keineswegs in Abrede gestellt werden. Dagegen war es überflüssig, in Riga die Arbeitslosen zu bemitleiden, wo ringsum auf dem Lande der größte Arbeitermangel herrschte und noch herrscht, wobei die Tagelöhne in den letzten 3 Jahren um 30—40% gestiegen sind, ganz abgesehen davon, daß an den Stockungen in der Industrie die Arbeiter selbst die Schuld gehabt. Immerhin wird es stets vorkommen, daß einzelne Arbeitsfähige zeitweilig keine Arbeit finden können oder wollen und dann die Neigung empfinden, der Kommune in specie der Armenpflege zur Last zu fallen. Da ist es denn von größter Wichtigkeit für die Stadverwaltung, ein Arbeitshaus zur Verfügung zu haben, in dem jeder zu jeder Zeit einen, wenn auch sehr bescheidenen, Verdienst finden kann, denn die Armenpflege wird hierdurch immerhin entlastet und auf gewisse arbeitsscheue Elemente erzieherisch eingewirkt. Es wurde deshalb das ehemalige Zwangsarbeitshaus, das als solches infolge neuerer gesetzlicher

Bestimmungen nicht mehr beibehalten werden konnte, vor Jahresfrist zu einer freien Arbeitsstätte für Arbeitslose umgewandelt. Leider gibt es nur wenig Arbeiten, die hier verrichtet werden können, da es sich immer nur um solche handeln darf, die jedweder leisten und jederzeit abrechnen kann. Es muß jedoch sehr bedauert werden, daß das Zwangsarbeitshaus nicht mehr seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend verwandt werden darf, denn dadurch ist eine erfolgreiche Bekämpfung des jede Armenpflege störenden Straßenbittels unmöglich gemacht worden.

IV. Finanzfragen.

Nachdem ich versucht habe, Ihnen die bisherigen, allerdings bescheidenen Leistungen der Stadtverwaltung auf sozialem Gebiete zu skizzieren, hätte ich mich von der Kredit- der Debetseite zuzuwenden und über die Mittel zu sprechen, die mir zur Bestreitung unserer Ausgaben und event. zur Erreichung weiterer Ziele zur Verfügung haben oder die dazu verfügbar gemacht werden könnten.

Unsere Einnahmen bestehen im wesentlichen aus der Immobiliensteuer, diversen Handelssteuern, Gebühren und den Erträgen des städtischen Immobilienbesitzes und der städtischen Betriebe. Gerade daß die Stadt aus diesen letzteren Einnahmen bezieht, gibt vielfach Anlaß zur Unzufriedenheit, da die Einwohnerschaft aus denselben gerne alles zu den Selbstkosten, ja womöglich noch billiger beziehen möchte. Auch die Markt- und Fleischbeschaugebühren werden, besonders von sozialdemokratischer Seite, als Quelle einer unzulässigen Verteuerung der Lebensmittel hingestellt. Auf diese Einkünfte dürfen wir indessen keineswegs verzichten, da ja doch die Immobiliensteuer unmöglich allein die ganze Last des Ausgabebudgets tragen kann. Auch im Westen, besonders dort, wo noch keine städtische Einkommensteuer eingeführt, werden derartige Gebühren zur Stärkung der kommunalen Mittel erhoben und spielt vielfach sogar der Detroi die Hauptrolle im Budget der Städte.

Über die progressive Einkommensteuer, die ich nach wie vor für eine durchaus notwendige Ergänzung unseres Steuersystems halte, ist so viel in der Stadt gesprochen und im Reiche geschrieben worden, daß mir hier nur übrig bleibt, vor der Illusion zu warnen, als ob wir mit der Einführung dieser Steuer aller Nöte enthoben wären und womöglich noch auf eine Anzahl unserer bisherigen Einkünfte verzichten könnten. Der Ertrag der Reichseinkommensteuer ist auf 40 Millionen, d. h. ca. 1½% des Budgets kalkuliert worden, stellt also eigentlich für Rußland eine *quatiné négligeable* dar. Nach

unserem Projekte soll die städtische Einkommensteuer ca. 700,000 Rbl. bringen, d. h. 12—14 % unserer bisherigen Gesamteinnahmen oder ca. 60 % unserer Immobiliensteuer. Das ist gewiß ein sehr wertvoller Zuschuß, gestattet uns aber nicht, auf unsere bisherigen wesentlichen Einnahmen zu verzichten, besonders deshalb nicht, weil wir mit der Einführung der Einkommensteuer weitgehende Verpflichtungen hinsichtlich der Krankenverpflegung übernehmen. Nachstehende kurze Darlegung unserer finanziellen Lage bestätige das Gesagte.

Dürfen wir auch annehmen, daß der natürliche Zuwachs aus den bisherigen Einnahmequellen genügen wird, die stete Steigerung der laufenden Ausgaben zu begleichen, und abstrahieren wir von allen sich rentierenden eventuellen Neuschöpfungen, so wären doch zur Deckung nachstehender hinzutretender Ansprüche neue Quellen zu erschließen:

1) Die seitens der Stadt in etwa 3 Jahren zu übernehmende Eisenbahnbrücke wird an Zinsen und Amortisation jährlich 55,000 Rbl. erfordern. Die Einnahmen von derselben dürften allenfalls die Re-montekosten decken.

2) Vom 1. Januar 1909 ab wird die Stadt rund 50,000 Rbl. jährlich für den erhöhten Bestand an Schulleuten zu zahlen haben, eine Ausgabe, welche die Krone seinerzeit auf 3 Jahre übernommen hatte. Die übrigen bedeutenden Mehrkosten der durchaus notwendigen Polizeireorganisation will ich hier nicht in Rechnung stellen.

3) Das Krankenhaus jenseits der Düna wird, wenn es auf 700 Betten gebracht worden ist, bei vollem Betriebe incl. Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals einen Zuschuß von mindestens 200,000 Rbl. erfordern, auch ohne Gratisverpflegung der auswärtig Angehörigen. Bei freier Verpflegung aller Einkommensteuerzahler wären hierfür weitere 200,000 Rbl. einzustellen.

4) Die Vollendung der Kanalisation dürfte 3 Millionen erfordern; die Hälfte der jährlichen Verzinsung und Amortisation wird wahrscheinlich durch Kanalisationsgebühren gedeckt werden, der Zuschuß also 90,000 Rbl. betragen.

5) Die Durchführung des obligatorischen Elementarunterrichts wird, selbst wenn nur die sogenannten Armenschulen vom Schulgeld befreit werden sollten, unter der Voraussetzung, daß 10,000 schulpflichtige Kinder vorhanden, gegen 400,000 Rbl. von der Stadt beanspruchen, also gegen den bisherigen Beitrag ein Mehr von ca. 270,000 Rbl.

Sie sehen, daß, obgleich ich von einem neuen Stadthause und einer selbstgebauten festen Brücke noch abgesehen habe, an ein Aufgeben oder Einschränken bisheriger Einnahmequellen auch nach

Einführung der progressiven Einkommensteuer nicht gedacht werden darf; stellen doch die angeführten 5 Posten allein schon eine Mehrausgabe von 660,000 resp. 860,000 Mbl. dar. Sollen daher gewisse Gebühren herabgesetzt werden, wie etwa die Zahlung für Wasser, oder andere ganz aufgehoben werden, wie die Chaussee- und Brückengelder, so müssen an ihrer Stelle der Stadt noch weitere Einnahmequellen erschlossen werden, die den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit mehr entsprechen, als die meisten unserer bisherigen Steuern und Gebühren, für deren Einführung die bequeme Fassung des Objekts in erster Linie maßgebend gewesen ist.

Zu Steuern letzterer Art gehört auch die vom Vibauschen Stadthaupt auf der Ballischen Konferenz vorgeschlagene Budsteuer von den mit der Eisenbahn an- wie abgeführten und über die Straßen der Stadt transportierten Waren, die eine Gebühr für Pflasternutzung sein soll, aber für minderwertige Waren leicht sehr drückend werden kann und heutzutage, wo das Bestreben dahin geht, alle derartige Verkehrsbelastungen zu beseitigen, recht veraltet erscheint. Dagegen ist die z. B. im Auslande viel besprochene Bodenwertzuwachssteuer zu den ganz modernen Auflagen zu zählen. Herr B. v. Schrenk hat diese Frage für hiesige Verhältnisse bearbeitet, und sie wird demnächst hier in unserer Gesellschaft, wie ich hoffe, eingehend behandelt werden.

Jedenfalls müßte doch immer bei einer Reform des städtischen Steuerwesens im Auge behalten werden, daß, so wünschenswert auch die Einführung direkter Steuern bei stärkerer Belastung der wohlhabenderen Klassen sein mag, der Schwerpunkt unseres Einnahmehaushalts auch künftig in den stabileren indirekten Steuern zu suchen sein wird. Bismarck hatte nicht ohne guten Grund für das neue Reich stets den indirekten Steuern den Vorzug gegeben, und nimmer hätte Rußland den letzten politischen Sturm finanziell so unerwartet günstig durchwettert, wenn es nicht seine Einkünfte vorherrschend aus solchen Quellen schöpfen würde.

Was aber für den Staat im weiten, gilt in gewisser Hinsicht für die Kommune im engeren Rahmen.

Eine befriedigende Lösung der Steuerfrage ist ja bei uns besonders schwierig, weil wir gern an die städtischen Wohleinrichtungen die Ansprüche des Westens erheben, trotzdem ihre Herstellung bei uns teurer ist, eine dem irgendwie entsprechende Steuerkraft aber fehlt. Wir werden daher auch künftig gezwungen sein, uns nach der Decke zu strecken.



Est.

A - 2749

Est. A 19443

www.books2ebooks.eu